ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmitt, Dieter

Article — Digitized Version

Das Energieprogramm der Bundesregierung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmitt, Dieter (1973) : Das Energieprogramm der Bundesregierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 10, pp. 544-550

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134602

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Energiepolitik

Das Energieprogramm der Bundesregierung

Dieter Schmitt, Köln

Die Bundesregierung hat nach monatelangen Beratungen Anfang September das in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 angekündigte energiepolitische Programm verabschiedet. An den Beginn ihres Programms stellt sie einen Aufriß der Lage der Energiewirtschaft und ihrer zukünftigen Entwicklung. Die entscheidende Folge der energiewirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren wird in dem tiefgreifenden Wandel der Versorgungsstruktur, der weitgehenden Substitution von Steinkohle durch Mineralöl und der hierdurch bedingten wachsenden Importabhängigkeit gesehen, die im Jahre 1972 mehr als 55 % betrug.

Alle bekannten Energieprognosen [1]) weisen dem Mineralöl auch für die 80er Jahre eine überragende Stellung für die Deckung des Energiebedarfs zu. Erdgas und Kernenergie werden zwar aller Voraussicht nach mit hohen Zuwachsraten mehr und mehr Bedeutung erlangen, jedoch selbst unter optimistischen Annahmen werden sie zusammen mit Braunkohle und Wasserkraft bis Mitte des kommenden Jahrzehnts kaum mehr als ein gutes Drittel des gesamten Energiebedarfs befriedigen. Der Absatz deutscher Steinkohle würde ohne energiepolitische Unterstützung so weit zurückgehen, daß sie zu diesem Zeitpunkt etwa die Bedeutung der Braunkohle erhielte.

Risiken der Entwicklung

Eine solche Entwicklung ist nach Ansicht der Bundesregierung mit erheblichen Risiken behaftet. Diese werden vor allem in dem durchgreifenden Wandel gesehen, der gegenwärtig den Weltmineralölmarkt kennzeichnet: Ein jahrelanger Käufermarkt sei in einen Verkäufermarkt mit hieraus resultierenden Preisauftriebstendenzen umgeschlagen. Dabei drohe sich die Konzentration der Nachfrage auf eine kleine Anzahl von Produktionsländern durch zunehmende Importe der USA eher noch zu verstärken. Die Produktionspolitik dieser Länder sei nicht mit Sicherheit vorherbestimmbar.

Neben den Risiken im Mineralölbereich werden von der Bundesregierung jedoch auch Probleme für die Sicherstellung der Versorgung in den Verzögerungen im Kraftwerksbau – hier Insbesondere bei der Nutzung der Kernenergie – sowie im Ausbau der sonstigen Energieumwandlungs- und Transportkapazitäten gesehen. Sie verstärken sich durch die für die Energiewirtschaft typischen langen Ausreifungszeiten der Investitionen und die geringe Angebotselastizität im Nicht-Mineralölbereich.

Die Bundesregierung sieht sich deshalb aufgerufen, eine Energiepolitik zu realisieren, die ein auf die Bedürfnisse der Verbraucher in allen Teilräumen der Bundesrepublik ausgerichtetes ausreichendes Energieangebot mittel- und langfristig zu möglichst günstigen volkswirtschaftlichen Gesamtkosten sicherstellt und dabei gleichzeitig den Erfordernissen des Umweltschutzes Rechnung trägt. Sie sieht die Notwendigkeit zu staatlichem energiepolitischem Handeln unterstrichen durch die weltweit steigende Tendenz staatlicher Eingriffe in den Energiemarkt. Neben einer dringend zu intensivierenden Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften setzt sich die Bundesregierung daher folgende konkrete Ziele:

Verminderung der Risiken im Mineralölbereich

Die Risiken im Mineralölbereich sollen vermindert werden durch die

Dr. Dieter Schmitt, 33, Dipl.-Volksw., ist wissenschaftlicher Assistent am Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln.

[1]) Vgl. auch: Die Entwicklung des Energiebedarfs der BRD bis zum Jahre 1985. Gemeinschaftsprognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, Berlin–Köln–Essen, Oktober 1973.

☐ Verstärkung der Kooperation mit Verbraucher- und Produzentenländern,

☐ privatwirtschaftliche Neugruppierung der deutschen Mineralölinteressen mit der VEBA AG als Kern,

☐ Straffung der Zusammenarbeit der Gesellschaften der DEMINEX und Fortführung der finanziellen Hilfen für die Rohölbeschaffung, eventuell ergänzt durch Bürgschaften und Darlehen,

☐ Ausweitung der für den Tankerbau zur Verfügung gestellten Mittel auf die deutschen Töchter ausländischer Mineralölgesellschaften,

☐ Erhöhung der Pflichtbevorratung der deutschen Mineralölwirtschaft von gegenwärtig 65 (Raffineure) und 45 (Importeure) auf 90 bzw. 70 Verbrauchstage bis zum 1. 1. 1975,

☐ Anlage einer Bundesrohölreserve ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt in Höhe von 4 Mill. t.

Schneller Ausbau kostengünstiger Energieträger

Die Bundesregierung hält eine Verbreiterung des Energieangebotes durch den verstärkten Einsatz anderer kostengünstiger Energieträger für dringend erwünscht. Sie ist daher bereit, die Bezüge auch weiterer Erdgasmengen – soweit notwendig – durch die Gewährung von Bürgschaften zu unterstützen. Die Bundesregierung strebt dabei an, daß das Erdgaspotential im Energiebereich auch unter Umweltgesichtspunkten optimal genutzt wird, d. h. vor allem im Bereich der privaten Haushalte. Sollte die Formulierung: „Sie erwartet deshalb, daß der künftige Einsatz von Erdgas in Kraftwerken auf das technisch unerläßliche Ausmaß begrenzt ... wird" so zu verstehen sein, daß im Falle der Nichterfüllung dieser Erwartung weitere Maßnahmen erfolgen, so stellt sich allerdings die Frage, ob so grundlegende wirtschaftspolitische Grundsätze, wie die Vertragsfreiheit, in Frage gestellt werden sollen.

Die Bundesregierung hält es für unabdingbar, die Kraftwerkskapazität [2]) und insbesondere diejenige auf der Basis der umweltfreundlichen und preisgünstigen Kernenergie so zügig wie möglich auszubauen. Sie sieht ihren Beitrag hierzu darin, die organisatorischen Voraussetzungen für eine sachgerechte und zügige Abwicklung der Genehmigungsverfahren zu schaffen, um weitere Verzögerungen zu vermeiden. Die Sicherung der Uranversorgung will sie auch weiterhin durch Zuschüsse zur Uranprospektion, durch Risikobeteiligung und durch finanzielle Unterstützung von europäischen Anreicherungsanlagen unterstützen.

[2]) Ähnliches gilt für sonstige Umwandlungskapazitäten.

Die Erschließung neuer Braunkohlelagerstätten hält die Bundesregierung für notwendig. Sie gibt allerdings hier – im Gegensatz zum Steinkohlenbergbau – nicht zu erkennen, ob sie bereit ist, sofern notwendig, die unternehmerische Initiative in diesem Bereich, und sei es lediglich durch gewisse Erleichterungen, zu unterstützen.

Nutzung der deutschen Steinkohle

Die Nutzung der deutschen Steinkohle im gesamtwirtschaftlich angemessenen und energiewirtschaftlich notwendigen Rahmen nimmt den größten Teil des Maßnahmenkatalogs ein. Die Bundesregierung geht davon aus, daß eine entscheidende und nachhaltige Verbesserung der Wettbewerbslage der deutschen Steinkohle auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist. Dennoch glaubt sie, aus sicherheitspolitischen Erwägungen auf einen erheblichen Beitrag der Steinkohle zur Energieversorgung der BRD nicht verzichten zu können. Die Bundesregierung sieht andererseits für die Aufrechterhaltung der Steinkohlenförderung als Sicherheitsfaktor dort ihre Grenze, wo unvertretbar hohe volkswirtschaftliche Kosten entstehen würden. Die Maßnahmen gruppieren sich dementsprechend im Rahmen eines mittelfristigen Programms, das bis 1978 ausgelegt ist, um auf neue Entwicklungen flexibel reagieren zu können, um zwei Aspekte: Sicherstellung einer Absatzmenge bis 1978 in Höhe von rd. 83 Mill. t und Konsolidierung des deutschen Steinkohlenbergbaus auf vermindertem Förderniveau.

Die angestrebte Absatzmenge soll insbesondere durch eine Abnahmeverpflichtung der Elektrizitätswirtschaft sowie eine Fortführung der Kokskohlebeihilfe (für Lieferungen an die deutsche Stahlindustrie sowie in der Gemeinschaft) erzielt werden. Dabei geht die Bundesregierung allerdings davon aus, daß die Stahlindustrie einen Teil der Preisdifferenz zwischen deutscher Kohle und Drittlandskohle selbst trägt.

Die Konsolidierung des Steinkohlebergbaus soll durch finanzielle Hilfen verschiedenster Art erleichtert werden. Hierzu zählen insbesondere Sozialhilfen, Übernahme von Schrumpfungslasten, Erhöhung der Stillegungsprämie, Beihilfe zu den Altlasten, Übernahme von Haldenkosten, Aufstokkung des Plafonds für die Finanzierung von Rationalisierungsmaßnahmen und Übernahme von Stillegungsabschreibungen der Ruhrkohle AG. Die Bundesregierung geht hierbei davon aus, daß sich die Bergbauländer wie bisher an den Maßnahmen zugunsten des Steinkohlebergbaus im Verhältnis 2 : 1 beteiligen, einer Erwartung, die nach jüngsten Berichten aus NRW nicht als absolut sicher gelten kann.

Neben den bisher aufgezeigten Maßnahmen bleiben zwei Bereiche, auf die das Energieprogramm besonders eingeht: Energieversorgung und Umweltschutz sowie Energieforschung. Um Energieversorgung und Umweltschutz voll zu erfüllen, sieht die Bundesregierung einen Schwerpunkt ihrer Aktivität in Zukunft in der Erarbeitung der Grundlagen für eine Standortvorsorge, um sowohl den Umwelterfordernissen wie den Erfordernissen einer sicheren Energieversorgung zu entsprechen. Beide Aspekte beherrschen auch — insbesondere im Kernenergiesektor — die Aktivitäten der Bundesregierung im Forschungsbereich. Neue Verfahren der umweltfreundlichen Energiegewinnung, -umwandlung und des Energietransports sowie Forschungen zur besseren Energienutzung sollen verstärkt gefördert werden.

Große finanzielle Anstrengungen

Für dieses energiepolitische Programm wird die öffentliche Hand große finanzielle Anstrengungen unternehmen müssen. „Neben der Fortführung der in der bisherigen mittelfristigen Finahzplanung bereits veranschlagten Maßnahmen werden die Ausgaben des Bundes zur Finanzierung der in diesem Energieprogramm vorgesehenen Maßnahmen zusätzliche Mittel in der Größenordnung von jährlich durchschnittlich etwa 600 Mio. DM erforderlich machen". Unter Einrechnung des auf die Bergbauländer entfallenden Anteils ergibt sich damit ein Gesamtvolumen (ohne die Mittel für die Kernforschung) in Höhe von über 2 Mrd. DM pro Jahr. Nicht berücksichtigt sind hierbei die von den Stromverbrauchern aufzubringenden Mittel in Höhe von rd. 1 Mrd. DM pro Jahr sowie eventuelle finanzielle Verpflichtungen der Bundesregierung aus bedingten, noch nicht konkretisierten Zusagen sowie der Inanspruchnahme in Aussicht gestellter Garantien und Bürgschaften.

Kritische Anmerkungen

Es ist der Bundesregierung sicherlich zuzustimmen, wenn sie insbesondere hinsichtlich der Mineralölversorgung wachsende Risiken zu erkennen glaubt. Es ist nicht an der Tatsache vorbeizusehen, daß es für die Bundesrepublik — wie für fast alle Industrienationen der westlichen Welt — zumindest im kommenden Jahrzehnt keine Alternative zum Mineralöl gibt, das aller Voraussicht nach überwiegend aus jenen Ländern bezogen werden muß, in denen wir heute bestimmte Risiken der Versorgung zu erkennen glauben.

Abgesehen davon, daß nach wie vor wenigstens bei einer Reihe der Ölförderstaaten des arabischen Raumes zumindest bis zur Lösung des Nahostkonfliktes politisch motivierte Lieferunterbrechungen nicht auszuschließen sind, müssen wir uns vor Augen führen, daß die Förderstaaten zur Zeit offenbar hervorragend abgestimmt agieren und aller Voraussicht nach ihre Marktmacht auch weiterhin ausnutzen werden, zumindest solange keine ernsthafte Marktgegenmacht aufgebaut wird. Auch ist eine Förderlimitierung nicht nur aus geologischen und außerökonomischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen nicht mehr auszuschließen, seitdem sich in den Förderstaaten mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, der größtmögliche Nutzen der in diesen Ländern vorhandenen Ölreserven lasse sich durch eine Förderstreckung — trotz Zinsverlust — realisieren. Zudem verstärkt sich die Ansicht, daß die Bezahlung der eigenen Bodenschätze in ständig abwertungs- und inflationsbedrohter fremder Valuta und die Hortung dieser Beträge auf — ausländischen! — Banken einen zweifelhaften Wert darstelle und die Förderung wachsender Ölmengen zu Einkünften führe, die zum Teil nicht mehr sinnvoll in den eigenen Ländern angelegt werden könnten, und daß die Zurücknahme des Angebots bei starrer Nachfrage keine Erlöseinbuße insgesamt nach sich zu ziehen brauche.

Bescheidene Bemühungen

Die Bundesregierung unterläßt es allerdings, die ihrer Meinung nach für die BRD gegebenen Risiken klar darzulegen und ihre energiepolitischen Maßnahmen eindeutig erkennbar darauf auszurichten, diese Risiken zu reduzieren. Angesichts der oben angeführten Aspekte muten die Bemühungen der Bundesregierung, unsere Import-Energieversorgung sicherzustellen, vielmehr bescheiden an. Sicherlich ist die Bereitschaft zu begrüßen, die deutsche Mineralölwirtschaft zu unterstützen, die Kooperation mit Verbraucherländern wie Förderländern zu suchen, eine gesetzliche Krisenvorsorge zu treffen [3]) und eine gewisse Linderung der Versorgungsrisiken durch die Entwicklung von Erdgas, Kernenergie und Braunkohle und die Aufrechterhaltung der deutschen Steinkohle über das wettbewerbsfähige Niveau hinaus zu erreichen. Allerdings ist zu befürchten, daß hiervon keine entscheidende Reduzierung der Versorgungsrisiken in den kommenden Jahren erwartet werden kann. Es macht etwas betroffen, feststellen zu müssen, daß sich z. B. die Entwicklung eines der zur Zeit interessantesten Kohlenwasserstoffgebiete außerhalb des arabischen Raumes direkt vor unserer Tür, der Nordsee, praktisch ohne deutsche Beteiligung vollzieht. Wenn wir es wirklich ernst meinen mit der Sicherstellung unserer Versorgung, hätte

[3]) Wir müssen uns bei der Wertung dieser Maßnahmen darüber im klaren sein, daß es sich hierbei um Eingriffe handelt, die einerseits so tiefgreifend sind, daß sie nur für den Notstand Anwendung finden dürfen, ohne deren rechtzeitige Konzeption aber andererseits schwere langandauernde Versorgungskrisen nur unter Inkaufnahme noch größerer gesamtwirtschaftlicher Schäden überwunden werden können, als eventuell ohnehin zu erwarten sind.

dann nicht hier ein ganz anderes – auch finanzielles – Engagement seitens der Bundesregierung erfolgen müssen?

Es wurde bereits oben angedeutet, daß sich die Förderstaaten ihrer Marktposition sehr wohl bewußt sind. Dies läßt befürchten, daß sie den Mineralölpreis bis auf eine Höhe treiben, der den Produktionskosten alternativer Energieträger, die in entsprechenden Mengen bereitgestellt werden könnten, gleichkommt [4]). Es gilt, die Produktion dieser Energieträger, ob Öl und Gas aus Nordsee oder Arktis, Teersande und Ölschiefer, kostengünstige Steinkohle und Kernenergie beschleunigt in Gang zu setzen, um eine echte Alternative aufzubauen. Ein maßgeblicher Beitrag hierzu fehlt im Energieprogramm. Statt dessen wird wieder einmal – wie so oft bei zukunftsweisenden Projekten – der Rotstift des Finanzministers erkennbar, die Einordnung des Wünschenswerten in das „Machbare". Dabei ist m. E. völlig offen, ob der Wähler einem attraktiven, zukunftsgerichteten Energieprogramm sein Votum verweigert hätte.

Im übrigen sind neben dem öffentlichen Haushalt durchaus weitere Institutionen vorstellbar, über die eine finanzielle Unterstützung der Energiewirtschaft mit dem Ziel der Sicherung der Versorgung hätte abgewickelt werden können, z. B. die Bildung eines Fonds (oder Fondsvermögens), der Darlehen vergeben, Bürgschaften übernehmen, Garantien geben könnte. Dieser Fonds könnte gespeist werden aus öffentlichen Anleihen, die mit staatlich verbürgter Verzinsung attraktiv auszustatten wären. Statt dessen muß die Bundesregierung unter Hinweis auf die angespannte Haushaltslage und die Zielsetzung, Steuererhöhungen zu vermeiden, einerseits Quasi-Steuern einführen und auf der anderen Seite auf bestimmte positiv zu bewertende Maßnahmen, wie die Anlage von Krisenvorräten, z. T. verzichten (statt ursprünglich 10 nunmehr lediglich 4 Mill. t Bundesrohölreserven) [5]).

Zweifel an der Zielerfüllung

Die vielen Absichtserklärungen, die dürftigen Ausführungsbestimmungen, bei denen sich wieder erweisen wird, daß der Teufel im Detail steckt, und die vagen Versprechungen lassen darüber hinaus befürchten, daß selbst die im Regierungsprogramm zum Ausdruck kommenden Zielvorstellungen nicht erfüllt werden können. Es ist hier leider nicht möglich, auf alle Einzeltatbestände einzugehen. Beispielhaft sei lediglich der Bereich des Steinkohlenbergbaus erwähnt. Es muß bereits heute angezweifelt werden, ob die zwei wesentlichen Aspekte – Stabilisierung des Absatzes deutscher Steinkohle bis Ende der 70er Jahre auf rd. 83 Mill. t sowie Konsolidierung des deutschen Steinkohlenbergbaus – trotz der bisher ins Auge gefaßten beträchtlichen finanziellen Hilfen erzielt werden können.

Relativ sicher erscheint der Absatz von 30 Mill. t Steinkohle an die deutsche Elektrizitätswirtschaft. Für deren Finanzierung in Höhe von rd. 1 Mrd. DM p. a. wird in jedem Falle der Stromverbraucher zur Kasse gebeten, ob über den Strompreis oder eine Ausgleichsabgabe. Jenseits einer Beurteilung dieser Maßnahme als Mittel zur Sicherung der Versorgung muß bedauert werden, daß eine von der Elektrizitätswirtschaft – wenn auch offenbar nur bis 1976 – angebotene kooperative Lösung mit freiwilliger Verpflichtung zur gewünschten Kohlenabnahme nicht zum Zuge gekommen ist und wahrscheinlich eine ordnungspolitisch bedenkliche Zwangsverordnung aus haushaltspolitischen Gründen präferenziert wird. Hierbei hätte durchaus von der Elektrizitätswirtschaft eine Selbstbeteiligung an den Mehrkosten ähnlich der der bisherigen Regelung im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie erwartet werden können. Gespräche zwischen Elektrizitätswirtschaft und Ministerium sollen allerdings die endgültigen Modalitäten klären.

Dubiose Vorstellungen

Darüber hinaus müssen jedoch alle anderen Vorstellungen mehr oder weniger als dubios angesehen werden. Die Absatzmöglichkeiten an die „übrigen Bereiche" (außerhalb der Elektrizitätswirtschaft wie Stahlindustrie und Export) dürften weit überschätzt sein. In der Stahlindustrie und im Export kann angesichts der gegenwärtigen – und wohl auch auf absehbare Zeit zu erwartenden – Preisrelationen zwischen Importkohle und deutscher Steinkohle ebenfalls nicht davon ausgegangen werden, daß mit den vorgesehenen Mitteln die angepeilte Absatzmenge sichergestellt werden kann. Eine weitere Belastung der Stahlindustrie über eine drastische Erhöhung der Selbstbeteiligung scheidet selbst nach Ansicht der Bundesregierung aus. Ein Export wird sich ohne Anpassung an Weltmarktkonditionen ebenfalls kaum realisieren lassen.

Damit ergeben sich als Alternativen lediglich: Eine Erhöhung der Mittel zugunsten einer Stabilisierung des Absatzes deutscher Steinkohle oder Aufgabe des angepeilten Absatzzieles mit dem Verzicht auf Belieferung verlustreicher Absatzmärkte. Ein Festhalten am Ziel eines Absatzes von 25 Mill. t/p. a. an die deutsche Stahlindustrie ohne Aufstockung der Mittel scheint nicht vorstellbar, da die Stahlindustrie aufgrund der immensen Kostenbelastung

[4]) Vgl. hierzu die Ausführungen des OPEC-Generalsekretärs Khene auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung Ende September dieses Jahres in Bonn.

[5]) Auch hier stelt sich allerdings die Frage, ob nicht die Anlage zusätzlicher Vorräte durch die Mineralölwirtschaft und die Übernahme der Kosten durch die öffentliche Hand vorzuziehen gewesen wäre.

einen Ausweg in der Verlagerung der Flüssigphase Ins Ausland oder einer Änderung der Produktionsstruktur mit der Folge einer automatischen Reduzierung des Kohleeinsatzes suchen müßte [6]).

In diesem Zusammenhang ist immer wieder eine Freigabe der Kohleimporte gefordert worden. Hierzu sieht sich die Bundesregierung jedoch aus politischen Gründen angesichts der Notwendigkeit einer Stillegung von fast einem Viertel der heutigen Förderkapazität in der BRD bis Ende der 70er Jahre nicht in der Lage. Dieser Auffassung ist schwerlich entgegenzutreten. Dennoch scheint es notwendig, auf die Folgen dieser Poiitik hinzuweisen, nämlich die Tatsache, daß sich die Bundesrepublik der Mögiichkeit begibt, mittels preisgünstiger Importkohie den Mineraiölmarkt zu entlasten und eine weitere Diversifizierung unserer Energieversorgung zu erreichen. Es wäre in diesem Zusammenhang wert, einmal zu überdenken, ob nicht ein Kompromiß darin gefunden werden könnte, dem deutschen Steinkohlenbergbau eine weltweite Ausdehnung seiner Aktivitäten zu ermöglichen, und ob nicht damit ein entscheidender Beitrag zur Konsolidierung dieses Wirtschaftszweiges unter Nutzung des hier vorhandenen beträchtlichen Know-how erzielt werden könnte.

Was die sonstigen — nicht unerheblichen — finanziellen Mittel zugunsten des deutschen Steinkohlenbergbaus anbelangt, d. h. jene, die der Konsolidierung des Bergbaus dienen, so muß festgesteilt werden, daß diese nur zum Teil als Maßnahmen zur Sichersteilung der Energieversorgung angesehen werden dürfen. Der überwiegende Teil jedenfalls dient sozialpolitischen Zwecken und ist in einem Energieprogramm, das sich eine Sicherung der Energieversorgung zum Ziel setzt, an sich fehl am Platze. Es liegt die Vermutung nahe, daß hier eine erhebliche Inanspruchnahme von Ressourcen erfolgt, die damit nicht Projekten zur Sichersteilung der Versorgung zufiießen können und den gesamten Aufwand für energiewirtschaftliche Zwecke künstlich aufblähen.

[6]) Die Probleme im Stahlbereich wiegen um so schwerer, als dieser Wirtschaftszweig in der Bundesrepublik im wesentlichen auf die zwei „Kohleländer" konzentriert ist, die ohnehin schon unter der Strukturkrise des Bergbaus leiden.

Ein weiterer Kritikpunkt gilt der Zielsetzung der Bundesregierung, Umweltschutz und ausreichende Energieversorgung *voll* zu erfüllen. Wird dies immer möglich sein, und hätte nicht besser ein *ausgewogenes* Verhältnis zwischen beiden Zielen angestrebt werden sollen?

Erkleckliche Beträge

Faßt man die insgesamt für den Energiebereich aufgewandten und vorgesehenen Mittel zusammen, so kommt man — insbesondere unter Hinzurechnung von Mitteln für die Kernforschung, die allerdings z. T. allgemeinen industriepolitischen Förderungsmaßnahmen zugerechnet werden sollten — zu ganz erklecklichen Beträgen. Hinsichtlich der Verteilung der Mittel liegt jedoch eine Diskrepanz zwischen der Bedeutung einzelner Energieträger für die Energieversorgung und Mittelaufwand vor. Dies zeigt sich besonders deutlich im Mineraiölbereich, in den voraussichtlich selbst unter Hinzurechnung eines neuen DEMINEX-Programms nur rd. 1/6 der Mittel fließen wie in den deutschen Steinkohlenbergbau. Das Verhältnis beider Energieträger zur Deckung des Energiebedarfs der BRD in den 80er Jahren wird sich jedoch voraussichtlich genau umgekehrt verhalten.

Andererseits wird dieses Programm wahrscheinlich letztlich vor dem Hintergrund der gegenwärtig überhaupt gesehenen Möglichkeiten und natürlich auch als das Ergebnis eines politischen Abstimmungsprozesses interpretiert werden müssen.

Neben aller Kritik im einzelnen aber sucht die kritische Analyse nach einer Grundsatzerklärung der Bundesregierung, mit der diese ihr Vertrauen darüber zum Ausdruck gebracht hätte, auch die Lösung der anstehenden Probleme der Sicherung der Energieversorgung in der Bundesrepublik soweit wie möglich der Energiewirtschaft zu überlassen, sie dabei allerdings weitgehend zu unterstützen. Aus der Sicht der Bundesregierung als notwendig erachtete Korrekturen des Marktprozesses, in ein ordnungspolitisches Bekenntnis eingebettet und begründet, gewännen damit eine andere Dimension.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG